

»Ländlicher Raum braucht andere

WESTFALEN-BLATT-Wahlforum: Goeken (CDU) für dezentrale Polizeistruktur –



Marcel Franzmann (SPD, von links), Jörg Volacek (Linke) und Wilk Spieker (Piraten).

Fotos: Harald Iding

■ Von Sabine Robrecht

Innere Sicherheit: Dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung Polizeistellen eingespart habe – darauf verweist Marcel Franzmann (SPD). »Seit Rot-Grün an der Macht ist, haben wir kontinuierlich Stellen ausgebaut.« Natürlich gelte es jetzt, mehr für die Sicherheit der Bürger zu tun – auch wenn beispielsweise die Jugendkriminalitätsrate landesweit auf dem niedrigsten Stand seit 45 Jahren sei.

MARCEL FRANZMANN (SPD)

Die SPD beabsichtige, Polizeistellen auszubauen und für 2018 die Zahl der Ausbildungsstellen auf 2300 anzuheben. »Unser mittel- und langfristiges Ziel ist es, dass wir die Polizeipräsenz im ländlichen Raum wieder erhöhen können und die Zahl der Bezirksbeamten auch wieder verdoppeln.« Damit kämen im Kreis Höxter, wo 15 Bezirksbeamte arbeiten, auf einen Schlag 15 neue hinzu.

In puncto Prävention habe die Landesregierung angedacht, Hauseigentümer mit Fördergeldern bei der Nachrüstung der Sicherungssysteme im Haus zu unterstützen. Gefördert werden müssen

auch Feuerwehr und Hilfsorganisationen, die ebenfalls zur Sicherheit beitragen.

Bildung: Schulen im ländlichen Raum seien für ihn schon lange ein Thema, so Marcel Franzmann. Die SPD gehe jetzt mit dem Prüfauftrag voran, inwieweit die Zweizügigkeit von Sekundarschulen möglich sei. »Gerade die Sekundarschulen sind eine Chance auch für die Unterzentren, eine ortsnahe Beschulung und eine weiterführende Bildung zu gewährleisten.«

Zur G8/G9-Debatte sei die Sozialdemokratie der Auffassung, dass nicht die Schule, sondern die Schüler die Entscheidung treffen sollen. »Daher wollen wir den Schulen ermöglichen, beide Wege zu fahren.« Die Schüler sollen sich dann am Ende der neunten Klasse nach Beratung mit Eltern und Lehrern für das lange oder kurze Abitur entscheiden. »Das funktioniert.«

B 64: »Die rot-grüne Landesregierung hat von 2010 an die Ausgaben zum Straßenerhaltungsprogramm von 73 Millionen auf jetzt 127,5 Millionen ausgebaut«, sagt Marcel Franzmann. Genehmigungsverfahren wie das für die B 64 müssten transparenter und schneller gehen.

Effektive Strukturen

Grüne für mehr Polizisten auf der Straße

Innere Sicherheit: Trotz Zunahme der Einbruchszahlen sei die Region der am wenigsten kriminalitätsbelastete Kreis in NRW, konstatiert Uwe Rottermund (Grüne).

Die Landesregierung habe seit 2010 die Einstellungsraten für die Polizei immer weiter gesteigert. »Mehr geht gar nicht. Wir brauchen qualifizierte Leute im Polizeidienst. Da bekommt man 2000 maximal pro Jahr hin.«

UWE ROTTERMUND (GRÜNE)

Um die Polizeipräsenz auf der Straße zu steigern, habe die Landesregierung vor, die Organisationsstrukturen der Kreispolizeibehörden zu ändern – von 47 auf weniger, was letztlich dazu führe, mehr Polizei auf die Straße zu bekommen. »Es geht um eine Effektivierung der Struktur, ohne Beamte aus der Fläche zu bringen.«

Bildung: »Bildung für alle – und keine Studiengebüh-

ren.« Dafür tritt Uwe Rottermund ein. Die G9-Initiative sei kritisch zu betrachten. Denn: »Dadurch werden die Gesamtschulen belastet.« Deren Stunden würden mit Wiedereinführung von G9 reduziert. Die Gesamtschule sei bei Eltern sehr gefragt.

B 64: Im Laufe der Planungen für den Lückenschluss hätten sich einige Rahmenbedingungen geändert, verwies Uwe Rottermund auf das FFH-Schutzgebiet Taubeborn. »Wir Grüne sagen »Erhalt vor Neubau«, aber in diesem Fall ist es auch in Ordnung, wenn man zwischen Hembsen und Höxter das Stück baut.« Es dürfe nur nicht gegen dieses FFH-Gebiet gehen. »Wenn man noch einmal zur Linienbestimmung zurückginge und dann östlich von Godelheim die Trasse nähme, würde man in der Summe vielleicht fünf Jahre Planungszeit dransetzen«, meint Rottermund. **sos**

»Ausbau Quatsch«

Linke halten Lückenschluss für unnötig

Innere Sicherheit: »Die vermehrten Einbrüche und die »Innere Sicherheit« sind eines der wenigen Themen, bei denen die Linke nicht empört aufschreit und Umverteilung fordert, denn ich muss sagen: Es ist ein gefühltes Problem«, sagt Jörg Volacek (Linke). Natürlich sei die Zahl der Einbrüche gestiegen. Letztendlich könne aber der Bürger, der großen Besitz verteidigen müsse, auch selber Vorsorge treffen. Die Polizei berate in diesem Punkt.

JÖRG VOLACEK (LINKE)

Wer nach mehr Polizei rufe, müsse auch zur Kenntnis nehmen, dass in den vergangenen 20 Jahren im Zuge der Verkleinerung des öffentlichen Dienstes auch Polizei abgebaut worden sei. 16 000 Polizeistellen seien bundesweit abgebaut worden in den vergangenen Jahren. Wieder aufzustocken, sei sinnvoll. **sos**

Abstriche könnten bei den Tempokontrollen gemacht werden, bei denen viel Personal gebunden sei.

Bildung: »Wir Linken sind für ein eingliedriges Schulsystem bis zur zehnten Klasse so wie es in ganz Europa üblich ist – außer in Deutschland und Österreich«, sagt Jörg Volacek. Diese Eingliedrigkeit bis zur Zehn fördere Chancengleichheit. »Deshalb regen wir an, umzudenken.« Kinder müssten auch die Möglichkeit haben, kostenlos die Kita zu besuchen. Das Bildungssystem insgesamt sei verbesserungsbedürftig.

B 64: »Wir würden den B64-Ausbau als nicht vorrangig ansehen«, so Volacek. Es gebe Wichtigeres. Beispiel: Erhalt der Schwimmbäder. Geld für den Ausbau von Straßen auszugeben, sei Quatsch. Den ÖPNV gelte es auszubauen und mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. **sos**

Kurze Wege

Piraten für Bildungsentschleunigung

Innere Sicherheit: Den digitalen Fortschritt im Polizeialltag greift Wilk Spieker (Piraten) auf: Probleme seien vorprogrammiert, weil jedes Bundesland eine andere Software bei der Verfolgung von Straftaten benutze. Nötiger als die Anschaffung neuer Geräte sei es, den Föderalismus zu überschreiten und einheitliche Softwareplattformen zu bieten.

WILK SPIEKER (PIRATEN)

Viel Arbeitskraft der Polizei werde gebunden, wenn bei jemandem acht oder zehn Gramm Cannabis gefunden werden. »Wenn wir diese Banalitäten straffrei stellen würden (nicht aber legalisieren), dann könnten wir viel Polizeiarbeit einsparen.« Zusammenfassend vertritt Spieker die Ansicht, dass Strukturveränderungen Ressourcen schaffen.

Bildung: »Wir Piraten sind für G9«, plädiert Wilk Spieker

für eine Bildungsentschleunigung. Für Klassenstärken an Grundschulen müsse auf dem Land ein anderer Maßstab gelten als etwa in Dortmund. Und: Eine Sekundarschule funktioniere auch mit 35 Kindern und zwei Klassen. Es gelte die Devise »Kurze Beine, kurze Wege«.

B 64: »Das Bedürfnis der Menschen in Ottbergen und Godelheim ist entscheidend.« Sie seien des Verkehrsaufkommens überdrüssig. Unverhältnismäßigkeiten in Sachen Naturschutz sprach Spieker mit einem anderen Beispiel an: In der Grundschule Bad Driburg habe der Schulträger die Anschaffung eines Blockflötensatzes nicht finanzieren können. Der Förderverein sei eingeschungen. Andererseits sei für 5,8 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket die Wildbrücke über die B 64 gebaut worden. Das Kopfschütteln der Menschen sei verständlich. **sos**



Marion Ewers (FDP) erklärt die NRW-Schulpolitik für gescheitert.



Wolfgang Seemann (ÖDP) fordert G 9.



Uwe Rottermund (2. von links, Grüne) verteidigt die Landespolitik.

Parameter als die Ballungszentren«

Franzmann (SPD) kündigt Prüfung zur Zweizügigkeit von Sekundarschulen an

Innere Sicherheit: 50 Prozent Steigerung bei den Einbruchszahlen im Kreis Höxter – vor dem Hintergrund sei es verständlich, so CDU-Kandidat Matthias Goeken, dass in der Bevölkerung Unsicherheit herrsche. »Ich fordere, dass wir die Polizei im ländlichen Raum stärken, auch indem wir sie von Aufgaben entlasten, zum Beispiel bei den Radarkontrollen.« Auch gelte es, die Polizei endlich am digitalen Fortschritt in der Datenverarbeitung teilhaben zu lassen.

MATTHIAS GOEKEN (CDU)

Die CDU fordert, nicht nur jungen Menschen mit mittlerer Reife, sondern auch denen mit abgeschlossener Berufsausbildung eine Chance zu geben, in den Polizeidienst zu gehen.

Was die Zahl der Kreispolizeibehörden angeht, spricht sich Goeken dafür aus, dass die Polizei dezentral aufgestellt sein sollte. Von Bielefeld, das im Falle einer Verschlankung für die Region zuständig sein könnte, nach Höxter sei es recht weit, gibt der Christdemokrat zu bedenken.

Bildung: Die Zulassung kleinerer Klassen im ländlichen Raum ist eine zentrale Forderung von Matthias

Goeken. Das setze aber auch voraus, dass die Lehrerzuweisung entsprechend angepasst wird. »Es nutzt nichts, wenn wir Klassen mit 15 Kindern haben und nur für 21 beziehungsweise 22 Schüler einen Lehrer bekommen.« Das müsse aber auch für andere Schulen bis hin zu den Berufskollegs gelten. »Wir brauchen andere Parameter als Großstädte.«

Das Volksbegehren »G9 jetzt« sei nicht der richtige Weg. Es könne nicht sein, dass die Sekundarschulen und die Haupt- und Realschulen hinterher weniger Schulstunden bekommen. »Deshalb brauchen wir den Konsens«, betont Goeken. »Das muss auch für den beruflichen Bereich gelten. Wenn wir Bildungsgänge verlieren – auch in den Berufsschulen –, verlieren wir auch Ausbildungsplätze.«

B 64: »Die B 64 muss kommen so wie sie geplant worden ist. Dafür müssen wir uns jetzt einsetzen. Alles andere würde zu Zeitverzögerungen führen«, vertritt Matthias Goeken eine klare Position. Der Mensch müsse im Mittelpunkt stehen. Das Land habe in Sachen Straßenbau viele Bundesmittel nicht abgerufen, weil die Planungskapazitäten nicht da seien. **sos**



Matthias Goeken (von rechts, CDU), Norbert Senges (AfD), Uwe Rottermund (Grüne) und Marion Ewers (FDP).

»Keine Diskussion«

Liberaler klar für Lückenschluss der B 64

Innere Sicherheit: »Es gibt die Fakten, und es gibt das Gefühlte«, verweist Marion Ewers (FDP) darauf, dass die innere Sicherheit ein emotionales Thema sei. Tatsache sei, dass die Einbruchszahlen zugenommen haben. »Das Empfinden, dass die Menschen sich in unserem Kreis nicht mehr sicher fühlen, gibt es auch.«

MARION EWERS (FDP)

Das sei auch das, was die Bürgerinnen und Bürger an die Politik herantragen. »Diese Sorgen sollten wir auch ernst nehmen.« Mehr Polizei und die Öffnung des Berufs für gute Realschüler seien der FDP wichtig. »Es muss nicht nur der Abiturient sein, der in den Beruf einsteigt.«

Bildung: »Für uns ist die Schulpolitik der vergangenen Jahre gescheitert«, kritisiert Marion Ewers die rot-grüne Landesregierung. Das gelte auch für die Inklusion. Ewers

legt ein klares Bekenntnis für die Förderschulen ab – »damit jedes Kind wieder nach seinen Stärken und Schwächen gefördert werden kann.«

In puncto G 8 oder G 9 möchte sie die Entscheidung den Schulen vor Ort überlassen. »Sie wissen am besten, wo die Bedürfnisse ihrer Schüler liegen, also bitte keine Vorgaben von der Landesregierung.« Bildungsqualität – und das schon ab der ersten Schulstunde und sogar schon ab der Kita – sei das A und O. »Wir müssen eindeutig auf Qualität setzen.«

B 64: »Der Lückenschluss der B 64 muss sein. Hier gibt es keine Diskussion für uns. Naturschutz und Tierschutz haben ihre Berechtigung. Aber: Wie wollen wir das den Anwohnern erklären?« Kritikern der Umgehung empfindet die Kandidatin, sich in Ottbergen und Godelheim an die Straße zu stellen. **sos**

»G 9 jetzt«

ÖDP-Kandidat unterstützt Volksbegehren

Innere Sicherheit: Die ÖDP fordert, so der Kandidat Wolfgang Seemann, die Wiedereinführung des Polizisten vor Ort und die Öffnung des Berufs für junge Menschen ohne Abitur. Der mittlere Dienst im allgemeinen Polizeivollzugsdienst müsse sofort wieder eingeführt werden. »Dass jeder Streifen dienst von Kommissarinnen und Kommissaren verrichtet werden muss, ist nicht nachvollziehbar.«

WOLFGANG SEEMANN (ÖDP)

Bildung: »Wir fordern mehr Geld für zusätzliche Lehrer. Mit jährlich 5700 Euro pro Schüler liegt NRW bei den Bildungsausgaben auf der Rangliste der Bundesländer an vorletzter Stelle.« Zudem macht sich Wolfgang Seemann für die Wiedereinführung von G 9 an Gymnasien stark. Er sammelt Unter-

schriften im Rahmen des Volksbegehrens »G 9 jetzt«. Dass die Grundschule Neuenheerse wegen 14 Kindern geschlossen werde, sei ein Skandal. Und: Die ÖDP fordere die Rückkehr zu den Förderschulen. »Die Schließung vieler Förderschulen durch Erhöhung der Mindestschülerzahlen war ein Fehler«, sagt Seemann. Inklusion sei sinnvoll, könne aber nur gelingen, wenn die Regelschulen personell und räumlich dafür vorbereitet seien und wenn Eltern der betroffenen Kinder das gemeinsame Lernen wünschen.

B 64: »Auch die ÖDP ist für den Lückenschluss«, unterstreicht Kandidat Wolfgang Seemann. »Nach so vielen Jahren sollte er jetzt kommen. Die Interessen der Einwohner von Godelheim und Ottbergen sowie die Belange des Naturschutzes müssen dabei Berücksichtigung finden.« **sos**

Kleine Schulen

AfD gegen Turbo-Abi

Innere Sicherheit: »Der Bürger hat das Gefühl, dass die Polizeipräsenz nicht mehr so hoch ist wie früher«, konstatiert Norbert Senges (AfD) im Hinblick auf die innere Sicherheit. »Der Bürger fühlt sich allein gelassen.« Das liege an einer Personalunterbesetzung.

NORBERT SENGES (AfD)

»Wenn wir die mittleren Berufsfelder wieder einführen würden bei der Polizei, dann hätten wir einen Weg gefunden, Polizei zu verstärken und gleichzeitig etwas Kosten zu sparen.«

Kosten sparen ließen sich auch durch einen weiteren Vorschlag, so Senges: Polizeibeamte leisten auch in NRW viele Arbeitsstunden, etwa bei Demos vor Fußballspielen. Senges plädiert dafür, dass die großen Vereine an den Kosten für diese großen Polizeieinsätze beteiligt werden. So würden finanzielle

Ressourcen für die Polizei vor Ort frei.

Bildung: Das alte dreigliedrige Schulsystem sei so schlecht nicht. »Das ist auch meine Position als Lehrer«, sagt Norbert Senges. Die duale Ausbildung gelte es ebenfalls zu stärken. Und: »Wir müssen kleine Schulen halten und uns kleinere Klassen leisten können.«

G 8 in NRW habe zu schwerstbelasteten Lehrern und Schülern geführt. »Wenn die zuständige Bildungsministerin Silvia Löhrmann jetzt aber sagt: »Dann müssen die Schüler selber entscheiden, ob sie G 8 oder G 9 machen, dann ist das eine Kapitulation.«

B 64: Wenn von 1,4 Millionen Euro Kosten für Kammolche und Schlingnattern die Rede sei, dann müsse er feststellen: »Die Menschen in Ottbergen und Godelheim sind mir in diesem Fall wichtiger als die Tiere.« **sos**



Marcel Franzmann kandidiert für die SPD.



CDU-Kandidat Matthias Goeken.



Das WESTFALEN-BLATT hat alle acht Landtagskandidaten an einen Tisch geholt.